

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig, Hans Urban, Christian Zwanziger** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Umbau der Agrarpolitik jetzt - für Vielfalt und Agrarökologie in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- darauf zu drängen, im kommenden Förderzeitraum der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP) die rein flächenbezogenen Direktzahlungen zu Gunsten von Klimaschutz und Artenschutz abzuschmelzen und insbesondere alle Ziele, die in der Biodiversitätsstrategie und der Farm-to-Fork-Strategie formuliert sind, mit dafür geeigneten Maßnahmen unverzüglich umzusetzen,
- jede Möglichkeit im Rahmen der neuen GAP zu nutzen, um die im Gesetz zum Volksbegehren gesetzten Ziele zu erreichen,
- jede Möglichkeit im Rahmen der GAP zu nutzen, um die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie zu erreichen,
- sich für eine höchstmögliche prozentuale Umschichtung zu Gunsten der Umwelt einzusetzen,
- kofinanzierte Ausgleichszahlungen an messbare Schutzziele zu knüpfen.

Begründung:

Die konservativen Parteien im EU-Parlament wollen im Verbund mit den Sozialdemokraten über eine Agrarpolitik abstimmen, die allen wissenschaftlichen Bedenken und gesellschaftlichen Forderungen zum Trotz am „Weiter so“ festhalten will, sie weigern sich damit, die zukünftige gemeinsame europäische Agrarpolitik (GAP) an den Notwendigkeiten der Klima- und Biodiversitätskrise auszurichten.

Dabei wurden eigentlich zum ersten Mal wissenschaftliche Erkenntnisse und Forderungen endlich ernst genommen: Der Green Deal als europäische nachhaltige Wachstumsstrategie, eine Europäische Gesetzgebung im Klimaschutz, die „Farm to Fork“-Strategie und die Biodiversitätsstrategie sollten die Rahmenbedingungen schaffen für die neue Förderperiode der GAP. Wissenschaftliche Erkenntnisse sollten in die Zielsetzungen der GAP einfließen, darunter einige besondere Ziele, die bis 2030 umgesetzt sein sollen, wie den Pestizideinsatz zu halbieren,

den Nitrateinsatz um 20 Prozent zu reduzieren, Agroforstsysteme zu fördern oder 10 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche mittels Strauchhecken, Brachflächen, Säumen usw. zu vielfältigen und lebendigen Landschaften umzuwandeln.

Selbst die jüngsten Berichte des Europäischen Rechnungshofes machen den Handlungsbedarf sowohl im ökologischen Bereich wie auch bei einer sozial gerechteren Mittelverteilung deutlich: Zum wiederholten Male hat der Europäische Rechnungshof die gemeinsame europäische Agrarpolitik (GAP) in ihrer Zielorientierung und Wirksamkeit massiv in Frage gestellt. Spätestens seit dem Fitness-Check der GAP im Jahr 2018 haben wir es schwarz auf weiß, dass die gemeinsame Agrarpolitik bei Schutz der Artenvielfalt versagt.

Dass sich konservativen Parteien im EU-Parlament nun so offensichtlich gegen einen Umbau der Agrarpolitik stemmen, lässt alle wissenschaftlichen Bedenken und berechtigten Forderungen außer Acht und hat zu einem Aufschrei von Umweltverbänden und Wissenschaftsinstituten geführt.

Die Lenkungswirkung der steuerfinanzierten Agrarpolitik muss endlich dazu genutzt werden, unsere Lebensgrundlagen zu schützen. Die Staatsregierung kann und muss all ihre Möglichkeiten ausschöpfen, auf Länderebene den Klimaschutz voranzutreiben und den Verlust von Pflanzen, Säugetieren, Vögeln und Insekten in der Agrarlandschaft zu stoppen und umzukehren.